

Achtundsechzig – die Kehrseite der Medaille

Ein demokratischer Aufbruch und seine ideologischen Entgleisungen: Erinnerungen an die dunklen Seiten der 68er-Revolve in Göttingen.

Von Albrecht Schöne



Fuck ju Goethe: Die rebellischen Studenten an der Frankfurter Universität im Juni 1968 halten es mit Marx

Foto Lutz Kleinhans

Die Studentenunruhen der sechziger Jahren haben bekanntlich weltweit ausgegriffen. Freilich hatten sie in West und Ost sehr unterschiedliche Beweggründe. Auch die 1966 von Mao Tse-tung ausgelöst, zunächst vor allem von seinen studentischen Roten Garden betriebene mörderische 'Proletarische Kulturrevolution' gehört ja in diesen Zusammenhang – ebenso der geradewegs in eine Gegenrichtung zielende 'Prager Frühling', der im August 1968 vom Militär des Warschauer Paktes niedergeschlagen wurde. An den nordamerikanischen Universitäten formierte sich diese Protestbewegung vornehmlich gegen den 1965 von den Vereinigten Staaten eröffneten Vietnamkrieg. In anderen westlichen Ländern schloss man sich dem an. Aber hier wie dort kamen politische Intentionen hinzu, die sich alsbald auch auf die Hochschulen selber bezogen.

In der westdeutschen Bundesrepublik, besonders in Berlin und Frankfurt, richteten sich Plakatanschläge, Flugblattaktionen, Unterrichtsstörungen und gewaltsame Blockaden der Studenten auch gegen die verkrusteten Universitätsstrukturen und deren hergebrachte Ordinarienhierarchie. Durchaus nicht grundlos lautete die bekannte plakative Parole (die anspielt auf Hitlers vermeintlich 'Tausend-jähriges Reich' und die nationalsozialistische Dienstbarkeit weiterhin amtierender älterer Professoren): „Unter den Talaren | Muff von 1000 Jahren!“

[INITIAL_5]Bei einer Demonstration gegen den Besuch des persischen Schahs wurde im Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg von einem West-Berliner Polizeibeamten erschossen (einem „Inoffiziellen Mitarbeiter“ des Staatssicherheitsministeriums der DDR, wie sich später herausstellte). Damals gewann die Studentenbewegung breiten Zuspruch, nahm aber auch immer entschiedener linksradikale Züge an. Marxistisch-orthodoxe, trotzkistische oder maoistische Gruppierungen agierten zunehmend aggressiv. Folgenreich angeheizt wurde das im April 1968 noch durch das Attentat eines Hilfsarbeiters (diesmal mit neonazistischen Kontakten) auf Rudi Dutschke, der sich als Wortführer des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ hervorgetan hatte. Hinzu kam schließlich im Mai 1968 der Bundestagsbeschluss von Notstandsgesetzen, die in Krisensituationen eine Einschränkung von Grundrechten zuließen und durch die „Außerparlamentarische Opposition“ geradezu dem Ermächtigungsgesetz gleichgesetzt wurden, mit dem der deutsche Reichstag 1933 den Weg in die nationalsozialistische Diktatur gebahnt hatte.

Die von den radikalen Wortführern der Studentenrevolte nur als Etappenziel verstandene „demokratisierte“ Verfassung der Hochschulen (mit einer Drittelparität nämlich von Professoren, Assistenten und Studierenden auch in denjenigen Entscheidungsgremien, die über Studienordnungen, Examennoten, Berufungen und Forschungsvorhaben befanden) hat diese 68er-Bewegung nur an wenigen Universitäten und nirgendwo dauerhaft herbeiführen können. Schon gar nicht erreichte sie den als Endziel proklamierten revolutionären Umsturz des „kapitalistischen Systems“ der Bundesrepublik. Zeitweise durch Benjamin, Horkheimer und Adorno oder Habermas angeregt, vor allem von den spätmixistischen Schriften Herbert Marcuses inspiriert, verstand man sich zwar als Interessenvertreter und Wortführer der Arbeiterschaft, doch gelang es keineswegs, die vermeintlich unmündigen Proletarier zum Abschütteln ihrer hergebrachten Ketten zu mobilisieren.

Zweifellos haben die antiautoritären Postulate der 68er entschieden beigetragen zu einer allgemeinen Veränderung des gesellschaftlichen Klimas, zum Abbau von „Herrschaftsverhältnissen“ nicht allein zwischen Professoren und Studenten. Ganz gewiss haben sie an den Universitäten Reformen angetrieben, für die es an der Zeit war. Nur könnte man denken, und meine ich, dass es dazu mit der Zeit ohnehin gekommen wäre – ohne massive Folgeschäden für unsere Hochschulen und eher einvernehmlich vielleicht, ohne wütende „Klassenkämpfe“, ohne Enttäuschungen oder Verletzungen, wie sie auch mir zuteil wurden. Denn wie manche Hochschullehrer der damals jüngeren Generation saß ich eigentlich zwischen den Stühlen, von der einen Seite angefeindet, auf der anderen jedenfalls missbilligend beargwöhnt.

Im öffentlichen Bewusstsein gilt die Studentenrevolte weithin nur noch als eine rühmliche Befreiungsbewegung, bei der man gewisse Kollateralschäden halt in Kauf nehmen müsse. Aber diese von den 68er-Aktivisten und ihren Anhängern erfolgreich hochgehaltene Medaille held auch eine finstere Rückseite. Von ihr allein wird hier die Rede sein. Freilich berichte ich dabei in eigener Sache, spreche ausfühlicher nur über Selbsterlebtes. Immerhin heißt das: ich führe Belege an, wörtliche, authentische – womit sich das Folgende von allgemein gehaltenen Urteilen oder Klagen über „1968“ unterscheidet.

Was sich damals an den Universitäten abspielte, erreichte mich auf handgreifliche Weise zum ersten Mal im Oktober 1968 in West-Berlin bei einer Tagung des Deutschen Germanistenverbandes. Sozialistische „Basisgruppen“ der Studenten hatten diese Veranstaltung von vornherein als „zeremoniellen Ausdruck des Privatbesitzes [der Professoren] an wissenschaftlichen Produktionsmitteln“ gebrandmarkt und von langer Hand „zur materiellen Gewalt“ aufgerufen. Der Eröffnungsvortrag dieser mit interdisziplinären Aspekten des Faches befassten Tagung, den ich übernommen hatte, galt „Goethes Wolkenlehre“. Als ich den mit etwa tausend Zuhörern gefüllten Hörsaal betrat, hatten wohl fünfzig Studenten das Podium be-

setzt. Eine rote Fahne führten sie mit sich und als Transparent (auf die „Blaue Blume“ der Romantik als Sinnbild eines liebenden Unendlichkeitsverlangens bezogen) die reichlich lieblose Aufforderung: „Schlagt die Germanistik tot, macht die blaue Blume rot!“ Das Reizwort „Wolkenlehre“ ließ sich als geradezu programmatische Entfernung vom festen Boden der irdisch-materiellen Tatsachen ausgeben und damit gründlich missverstehen. – Bericht der Berliner „Basisgruppe Germanistik“: „Wohl eine Stunde tobt der Tumult!“

Dass entgegen dem durch eine Abstimmung erklärten, entschiedenen Mehrheitswillen mein Vortrag verhindert worden ist, hat mich weit weniger bekümmert als ein Nachspiel am nächsten Tag. Walter Heitler, der in Zürich theoretische Physik lehrte und als mein Vortragspartner oder Kontrahent vorgesehen war, hatte seine Rede über das Verhältnis zwischen Goethe und einer „modern-exakten Naturwissenschaft“ vorsorglich abgesagt. Trotzdem wurde ich in einer von großem Medieninteresse begleiteten Plenardiskussion konfrontiert mit einem rabiaten Angriff auf den abwesenden Schweizer Physiker – ausgerechnet durch einen meiner eigenen Göttinger Doktoranden. Ohne den Vortrag zu kennen, dekretierte er, man hätte diesen Heitler seiner „reaktionären“ Ansichten wegen gar nicht erst einladen dürfen nach Berlin, und bezichtigte ihn geradewegs „faschistoider“ Tendenzen. Der so an den Pranger stellte, der sich selber nicht wehren konnte und aus den Zeitungen natürlich erfahren musste, was da vorging, war 1933 seiner jüdischen Herkunft wegen aus Göttingen vertrieben worden (wo er sich als Assistent von Max Born habilitiert hatte); seine Angehörigen wurden Todesopfer des „faschis-

tischen“ NS-Regimes. Mein erregter Protest in dieser Berliner Debatte änderte wenig am Entsetzen des Vierundsechzigjährigen darüber, wie man im neuen Deutschland mit ihm umging.

In Göttingen selbst waren einzelne Lehrveranstaltungen schon 1968 bei den Protesten gegen die Notstandsgesetze behindert worden. Aber zu gewalttätigen studentischen Aktivitäten kam es an unserer vergleichsweise noch friedlichen Universität erst mit beträchtlicher zeitlicher Verzögerung. Zum ersten Mal und überhaupt am heftigsten in meiner Vorlesung des Sommersemesters 1969, die man dafür gewiss mit Bedacht erwähnt hat. Sie bot mit gut siebenhundert Zuhörern den größtmöglichen Resonanzboden. Sie wurde abgehalten von einem der so benannten „liberalen Scheißer“, deren „repressive Toleranz“ den Auftrühnern besonders ärgerlich erscheinen musste. Und sie galt überdies Bertolt Brecht, für den man mich durchaus nicht zuständig fand. Dass zur Initialzündung auch noch geübte Antreiber aus Berlin und Frankfurt angereist waren, wurde damals wohl nicht zu Unrecht gemunkelt.

Als ich am 13. Mai zu meiner Vorlesung in die dafür eingerichtete alte Paulinerkirche kam, standen dort etwa zwanzig Studenten dicht gedrängt um das Katheder und benutzten die lautstarke Mikrofonanlage, um ihren Protest gegen diese Veranstaltung zu artikulieren. Im Auditorium sekundierten dem mehrere kleine Gruppen, die über mitgeführte Megaphone wie einen Schlachtruf den Namen des vietnamesischen Revolutionsführers skandierten: „Ho! Ho! Ho Tsch-minh!“ Das

kam unerwartet und fand mich einigermaßen hilflos. Mein Katheder-Mikrofon hätte ich allenfalls mit handfester Gewalt erreichen können. Dass ich's auf diese Weise nicht wenigstens versuchte, habe ich später manchmal bedauert. Mit der bloßen Stimme konnte ich mir kein Gehör verschaffen. So habe ich, nach heftiger Rangelei und nach längerem Zuhelfen lassen, die Paulinerkirche wortlos verlassen.

[INITIAL_6]Das wiederholte sich am 3. Juni. Nur blieb die Hörschaft diesmal nicht stumm. Darüber berichtete der Fachschaftsrat Germanistik am 9. Juni in einer hektographierten „Festschrift für Prof. Dr. Albrecht Schöne“, „daß er die Beifallsstürme einer emotionalisierten Mehrheit schon als demokratisches Votum für sich und für die sofortige Abhaltung seiner Vorlesung auffaßte, daß er auf Rufe nach Diskussion hin immer noch nicht bereit war, in eine Debatte über seinen Antrag, in dieser Stunde lesen zu wollen, einzutreten, daß er vielmehr den allen demokratischen Gepflogenheiten widersprechenden Versuch unternahm, ohne Aussprache abstimmen zu lassen. Wohl die Minderzahl der Hörer versuchte, die bedrohten demokratischen Formen durch akustischen Widerstand zu verteidigen. Prof. Schöne gab daraufhin sein antidemokratisches Vorhaben auf und verließ die Vorlesung. Jetzt erst konnten sich demokratische Formen entfalten.“ Nach meinem Bericht über diese Vorgänge teilte mir am 5. Juni der Rektor telefonisch mit, dass der Kultusminister ihn angewiesen habe, im Wiederholungsfall die Polizei zu rufen und die Störer als Rechtsbrecher aus der Paulinerkirche entfernen zu lassen. Ich habe ihn nachdrücklich ge-

ten, diese Anordnung zurückzuweisen: Eine Polizeiaktion würde die für das Kolleg unerlässliche Konzentration auf die Sache ebenso verhindern wie die Störungen selbst. In beiden Fällen könnte ich meine Vorlesung nicht abhalten.

Beides blieb aus in diesem Semester. Doch folgten zahlreiche, oft stürmisch verlaufende „Ad-hoc-Versammlungen“. Da verlangte man, dass ich meine Vorlesungsmuster in Zukunft schriftlich vorlegte, notfalls „in Thesenform“, damit sie in den dadurch frei werdenden Kollegstunden diskutiert werden könnten – versteht sich: unter studentischer Leitung (die schon seit zwei Semestern von mir angebotenen, gesonderten Kolloquien zur Vorlesungsdiskussion genügten keineswegs; in der Tat hatten die Studierenden davon auch kaum Gebrauch gemacht).

Ohnehin verstand man das nur als eine Übergangsregelung. Definitiv hatte ein Flugblatt der „Ad-hoc-Gruppe Brecht-Vorlesung“ vom 3. Juni 1969 verfügt: „Seit der Erfindung des Buchdrucks ist die Vorlesung überflüssig.“ Dass sie mittlerweile gerade wegen der Fülle gedruckter wissenschaftlicher Bücher ein ganz vernünftiges Unterrichtsangebot abgab, auch dass sie im Unterschied zum spezialisierten Arbeitsprogramm der Seminararbeiten eine sinnvolle Orientierungshilfe in weiträumigen Sachgebieten leisten könnte, wog die Scharfmacher nicht gelten lassen. Obgleich unsere Vorlesungen keineswegs Pflichtveranstaltungen waren, verlangten sie, was eine Flugschrift der Fachschaft damals auf den Punkt brachte: „die endgültige Abschaffung der Institution Vorlesung und die Neustrukturierung des Studiums“. Denn schon das Angebot herkömmlicher Vorlesungen sei verwerflich: weil da immer nur einer reden dürfe und alle anderen zuhören müssten, handle es sich allemal um eine undemokratische, autoritäre Veranstaltung. Als jemand denn doch die größere Sachkenntnis eines Universitätslehrers zu bedenken gab, erklärte der Fachschaftssprecher allen Ernstes, dann dürfe dieser Professor nicht auch noch mehr Gelegenheit haben als die Studenten, das „an den Mann zu bringen“.

Acht Jahre lang habe ich daraufhin keine Vorlesungen mehr angeboten. Sehr viel freundlicher wurde das Universitätsklima nicht durch solche Zugeständnisse. Im Herbst 1971 hatte ich die schriftliche Hausarbeit eines Staatsexamens-Kandidaten über das von ihm selbst gewünschte Thema „Anna Seghers: Dichtungstheorie und dichterische Praxis (am Beispiel ihres Romans ‚Das Vertrauen‘ von 1968)“ zu beurteilen. Die gänzlich unkritische Übernahme grundlegender DDR-marxistischer Vorgaben und ein insgesamt dürftiger wissenschaftlicher Ertrag ließ mich schwanken zwischen den Noten „schwach ausreichend“ oder „mangelhaft“ (was eine Wiederholung mit anderer Themenstellung und einem besserem Ergebnis ermöglicht hätte). Darüber wollte ich in diesem Zweifelsfall den Kandidaten selbst entscheiden lassen, und gab ich ihm dazu mein siebenseitiges Gutachten zu lesen. Er wählte die noch ausreichende Note und machte von dieser Lektüre auf unredliche Weise Gebrauch: Ein „Info der Basisgruppe Germanistik“ berichtete am 24. November ausführlich über seinen Fall, unterstellte mir „antikomunistische“ Voreingenommenheit und äußerte „den begründeten Verdacht, daß hier einmal mehr ein Gesinnungsurteil gefällt wurde mit dem konkreten Ziel, die sachliche Auseinandersetzung mit der Literatur der DDR zu unterdrücken“. Als Anschläge am Schwarzen Brett und die Flugschriften linksradikaler Studenten den Vorgang mit diskriminierend entstellenden Zitaten aufbauchten, habe ich diese Examensarbeit und mein Gutachten zur Lektüre der Studenten in unserem Institut auslegen lassen. Da wurde es still. Nur blieb dieser Vorfall nicht ohne Folgen.

Im Dezember wurde bekannt, dass ich durch den polnischen Germanisten Marián Szrocki „zu Gastvorlesungen über die neueste deutsche Literatur“ an die Universität von Wrocław eingeladen worden war – erklärtermaßen „als erster offizieller Gast aus der Bundesrepublik“ und mit bereits erteilter „offizieller Erlaubnis unseres [des polnischen] Hochschulministeriums“. Um das zu torpedieren, ging am 21. Januar 1972 eine angeblich von der „Vollversammlung der Studenten der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen“ beschlossene „Protestresolution“ an das Hochschulministerium in Warschau, gleichlautend an die Universität Wrocław und ebenso an deren Kommunistischen Jugendverband. Der zweiseitige Text bezeichnete mich als einen „der schärfsten Gegner der materiellen und politischen Interessen der demokratischen und sozialistischen Studenten“ und begründete das mit meinem Gutachten über die eben genannte Examensarbeit. Mich nach Polen einzuladen, so hieß es am Ende, diene dem „Versuch, mittels des Kulturaustausches der Ideologie des Antikomunismus in die polnischen Hörsäle Eintritt zu verschaffen“, und sei „ein Angriff auf die Lebensinteressen der werktätigen Massen der Volksrepublik Polen und Westdeutschlands“ – also „fordern wir die Universität Wrocław und das Hochschulministerium der Volksrepublik Polen auf, die Einladung an Prof. Schöne rückgängig zu machen“.

Das Bonner Auswärtige Amt und persönlich der deutsche Botschafter bemühten sich gegenüber der polnischen Regierung um Richtigstellung. Es erging auch keine offizielle Absage. Kurz vor meiner geplanten Abreise Ende Mai 1972 aber teilte das Reisebüro mit, dass auf Anweisung aus Warschau das erforderliche Visum nicht erteilt worden sei. Mündlich hat mir Szrocki später berichtet, dass man ihn mehrfachen Vernehmungen unterworfen hatte und er durch diese Göttinger „Protestresolution“ in äußerster Bedrängnis geraten war. Zu den langen Nachwehen der 68er-Unternehmungen gehörte im November 1986

ein Artikel in der studentischen Zeitschrift „Hier und Jetzt“. Um kenntlich zu machen, was im Unterschied zu den Studenten Leute wie ich „so alles wegwerfen“ können, berichtete man über den bei Nacht beschlagnahmten Inhalt unserer häuslichen Mülltonne und zählte dreißig Funde auf – als Donnerschlag am Ende gar eine „Drucksache von Seifarth aus Norderstedt, Europas größtem Caviarversand!“ Lustig fand ich das nicht. Aber vergleichsweise harmlos doch. Weit weniger erschreckend jedenfalls als andere, nur mehr verbale Handlungen. Auch Worte sind Taten. Und eben durch ihre Wort-Taten oder -Untaten zeichnete diese Studentenrevolte sich aus.

Wenigstens drei Beispiele dafür: 18. Dezember 1968 – Der Allgemeine Studentenausschuss druckte in seinen „Göttinger Nachrichten“ ein vorangegangenes Flugblatt der Fachschaft Germanistik nach und erklärte, es sei „notwendig, daß dieses Papier erschien“. Freilich wäre dessen Wortlaut „barbarisch“, wie der Rektor der Universität geurteilt habe. Aber es klage halt „barbarische Zustände an“. Diese als „aufruf an alle“ überschriebene Anklage, die man nachträglich als ein „satirisches Pamphlet“ zu rechtfertigen suchte, gipfelte in den kategorischen Imperativen: „übernehmt die institute und seminare | werft die alten scheißer raus | vogelt ihre töchter – sowie | unter ästhetischen Gesichtspunkten | noch zu rechtfertigen | ihre weiber | übernehmt die universität | nur die zerschlagung der alten universität | kann zu einer neuen universität führen“.

5. Dezember 1977 – Ein erneuter Versuch, meine wiederaufgenommenen Vorlesungen zu verhindern, war von den Hörern lautstark abgewehrt worden. Tags darauf ließ mich am Telefon ein anonym Anrufer wissen, was ich mir damals aufgeschrieben habe: „Paß auf, du beschissene Professorensau! Wenn du uns noch mal so kommst wie am Montag und versuchst, den Streikbrecher zu spielen, dann besorgen wir's dir! Dann machen wir Zwieback aus Dir! Verstanden?“ Am Göttinger Rektoratsgebäude war damals mit einer Spritzpistole die auf den im April ermordeten Generalbundesanwalt bezogene Erfolgsmeldung angebracht worden: „Nun ist Buback platt wie Zwieback“. Ich hatte verstanden.

Juli 1979 – Die „zeitschrift der fachschaft germanistik“ hatte behauptet, ein Teilnehmer meines Hauptseminars sei von mir angepöppelt worden mit den Worten „Sie haben das Maul zu halten und sich hinzusetzen!“ – was später als sinngemäße Wiedergabe bezeichnet wurde. „EIN ‚UNRAT‘ NAMENS SCHÖNE“ war dieser Artikel überschrieben. Ich meinte, auf solch groben Klotz gehöre ein grober Keil, und entgegnete mit einem Anschlag am Schwarzen Brett des Seminars: „Daß damit auf Heinrich Manns Roman ‚Professor Unrat‘ angepielt wird, hebt die Konnotationen dieser Überschrift nicht auf, ermöglicht sie vielmehr. Und genau so haben vor fünfzig Jahren in Deutschland diejenigen zu sprechen begonnen, die den menschlichen Unrat schließlich beseitigen. Der eine Weg führt rechts-, der andere linksrum – das ändert nichts an dem Tatbestand. Die Germanistische Fachschaft spricht die Sprache von KZ-Wärtern. 1979! Es soll keiner von Ihnen sagen, davon habe er nichts wissen können.“

Als mich die Fachschaft unter Androhung „weiterer Schritte“ aufforderte, diese Äußerung zurückzunehmen, weil man mich doch lediglich mit einer Romanfigur verglichen hätte, habe ich sie mit einem Brief vom 22. Oktober 1979 daran erinnert, dass von den Schülern dieses Professors schon auf der zweiten Seite des Romans geschrieben steht: „Sie sahen ihrem Ordinarius zu wie einem gemeingefährlichen Vieh, das man leider nicht totschiessen durfte.“ Meine Behauptung, die Fachschaft spreche die Sprache von KZ-Wärtern, nähme ich deshalb zurück. Denn die mit dem Vergleich „EIN ‚UNRAT‘ NAMENS SCHÖNE“ auf mich bezogenen Worte vom „gemeingefährlichen Vieh, das man leider nicht totschiessen durfte“, könnten in der Tat nicht als die Sprache von KZ-Wärtern bezeichnet werden: „Diese durften das ‚Vieh‘ nämlich totschiessen, das ‚Ungeziefer‘ vergasen und den ‚Unrat‘ beseitigen.“

Die Vorgänge, von denen hier berichtet wurde, und die Äußerungen, die ich wörtlich angeführt habe, erscheinen besonders erschreckend. Aber andere Betroffene hätten sicher Ähnliches bezeugen können. Es handelt sich da keineswegs um gelegentliche Entgleisungen, die man als Ausnahmefälle, als bloße Randerscheinungen abtun könnte. Im ganzen Sprachgebrauch, im Sprachhandeln dieser Studentenrevolte vollzog sich eine ungeheuerliche Brutalisierung. In unseren Tagen häufen sich im anonymen Internet der sogenannten sozialen Netzwerke von neuem fälschende Angaben und Hassträden, wie sie bei diesen 68ern gängig waren. Was rechtsradikale Vertreter der in den Bundestag gewählten AfD-Partei sich in dieser Hinsicht leisten, ist bekannt genug. – Wieder und wieder so?

Von den Aktivisten der 68er-Revolve in Göttingen und ihren Mitläufern hat ein Einziger mir später gesagt, dass man sich damals wohl etwas (oder reichlich?) „pubertär“ verhalten habe. Wenigstens das. Alle anderen verübten das gleiche Stillschweigen, das sie ihren in die Nazi-Zeit involvierten Eltern vorgeworfen haben. Auch das gilt gewiss nicht nur in meinem Fall. – Wieder und wieder so.

Lehrt die Geschichte wirklich allein, dass aus ihr nichts für später gelernt werde? Auch für den, der Vergangenes und Gegenwärtiges zu unterscheiden weiß, hält sie doch Warnungen bereit. Erinnerungen daran, wie die rühmliche 68er-Medaille auf ihrer finsternen Rückseite beschaffen war – wozu sollten sie nach einem halben Jahrhundert sonst schon taugen.

Leicht gekürzte Fassung des Vortrags, den Albrecht Schöne auf der öffentlichen Jahresfeier der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen am 11. November gehalten hat.